Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2018-05-25

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Erika Vögeli: "Es ist möglich!"**
- **Gerald Oberansmayr: Europa hat uns zerstört**
- **Norbert Häring: Wozu sich Deutschland mit dem UN-Migrationsabkommen wirklich verpflichtet und was das Weltwirtschaftsforum damit zu tun hat**
- **Action Medeor: Nothilfe Jemen**
- **Karin Leukefeld analysiert einen Grundsatzartikel des SPD-Außenpolitik-Experten Mützenich zu Syrien**
- **Andre Vltchek: Jenseits der Propaganda**
- **Paul Schreyer: Der Faschismus der anderen**
- **jungeWelt: Die imperialen Absichten der USA auf dem Balkan**
- **Gerald Oberansmayr: EU-SSZ + Fiskalpakt = mehr Kampfhubschrauber + weniger Spitäler**
- **Stephan Propach: "Billiger als der Discounter" – Tante Emma kommt zurück in die Dörfer**

Zitat des Monats von [Karl May](#):

**Wie man den Krieg führt, das weiß jedermann;
wie man den Frieden führt, das weiß kein Mensch.
Ihr habt stehende Heere für den Krieg, die jährlich viele Milliarden kosten.
Wo habt ihr eure stehenden Heere für den Frieden,
die keinen einzigen Para kosten, sondern Millionen einbringen würden.**

Editorial

Zu Beginn erinnert ein bewegender Nachruf an das Lebenswerk des verstorbenen **Beat Richner**, der entscheidend zum Aufbau des Gesundheitswesens in **Kambodscha** beigetragen hat. Ja, "es ist möglich", dass ein Mensch viel Gutes bewirken kann.

Das Thema Migration wollen wir nicht nur plakativ als "Mutter aller Probleme" bezeichnen, sondern genauer beleuchten: Ein Artikel zeigt, welche verheerende Auswirkungen die modernen **Völkerwanderungen in (Süd)Osteuropa** schon bewirkt haben, ein anderer welche unglaublichen Pläne sogar seitens der **UNO** bestehen, die **Migrationsströme** in Zukunft noch weiter anzukurbeln.

Wir erinnern an die katastrophalen Kriegsfolgen im **Jemen** und an den Zynismus unserer Politiker, wenn es um weitere Kriegsexporte geht. Karin Leukefeld zeigt auf, wie der SPD-Politiker Mützenich mehr deutsche Einmischung in **Syrien** fordert. Die Ex-US-Außenministerin Albright wird mit ihrer verlogenen **Propaganda** dargestellt. Dass die sogenannten Schurkenstaaten, vor allem zum Beispiel der **Iran**, nicht das sind, was die Propaganda mitteilt, zeigt ein etwas euphorischer, aber sachlich von Zeitzeugen bestätigter Beitrag von Andre Vltchek.

Auch **Willy Wimmer** wird zitiert, der den völkerrechtswidrigen Krieg des damaligen Kanzlers Schröder bereits 2001 in den traurigen historischen Zusammenhang von machtpolitisch begründeten Rechtsverletzungen gestellt hat. Dazu passt leider die Entscheidung der **österreichischen Regierung**, hunderte Millionen Euro in Kriegsgerät zu stecken und aus sozialen Projekten abzuziehen.

Zum Schluss wird das schöne Projekt "**Dorv**" von engagierten Bürgern in ihrem kommunalen Umfeld dargestellt. Es zeigt einmal mehr: "Ein erfolgreiches gemeinschaftliches Engagement ist möglich!"

[Inhalt](#) ↑

• Erika Vögeli: "Es ist möglich!"

[Der Schweizer Arzt Beat Richner](#) hat bereits in jungen Jahren für das Rote Kreuz in Kambodscha gearbeitet. Die Roten Khmer setzten dem ein Ende. Nachdem 1991 die Khmer-Herrschaft beendet war, hat König Sihanouk Beat Richner, der inzwischen eine Praxis in Zürich betrieb, um Hilfe beim Wiederaufbau des Krankenhauses in Phnom Penh gebeten. Daraus wurde ein Lebenswerk, das zehntausenden Menschen eine gute medizinische Versorgung ermöglicht hat, die es sonst nicht gegeben hätte.

Beat Richner hat nicht nur ein Krankenhaus geleitet und einheimisches medizinisches Personal ausgebildet, er hat nicht nur gegen häufige Widerstände entschieden dafür gesorgt, dass die Patienten in Kambodscha nicht einen medizinischen Drittwelt-Standard, sondern eine Versorgung auf der Höhe der internationalen Kenntnisse erhielten, nein: er hat dieses Projekt zu großen Teilen auch selbst finanziert durch die Organisation internationaler Spendenaktionen und hunderte eigener Cello-Benefizkonzerte.

Nun ist Beat Richner gestorben. Der Artikel würdigt sein Lebenswerk, das auch ohne ihn durch bürgerschaftliches Engagement fortgeführt werden muss.

[Erika Vögeli](#) ist Chefredakteurin der genossenschaftlich organisierten Zeitung 'Zeit-Fragen', die das "Wohl des Einzelnen und das Gemeinwohl" in den Mittelpunkt stellt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gerald Oberansmayr: **Europa hat uns zerstört**

Tomáš Sobotka vom 'Vienna Institute of Demography' schätzt, dass rund 14 Millionen Menschen seit Anfang der 90er Jahre Zentral- und (Süd)Osteuropa Richtung Westen verlassen haben. Die Bevölkerung ist seither in diesem Raum um rund 23 Millionen bzw. mehr als 10% geschrumpft. Intensiviert hat sich der Abfluss von Arbeitskräften mit dem EU-Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Staaten, der mit der "Arbeitnehmerfreizügigkeit" die Arbeitsmärkte neoliberal deregulierte.

Allein aus Polen seien ca. 2,5 Millionen Arbeitskräfte nach Westen abgewandert. Die südliche Peripherie Europas wurde durch die drakonischen Austeritätsprogramme der EU wirtschaftlich entvölkert. So haben in Summe über 1,1 Millionen Menschen Griechenland und Portugal verlassen. Ca. 14 Millionen großenteils junge, gut qualifizierte Menschen ziehen von Osten bzw. Süden nach Westen bzw. Norden.

Hinter diesen Zahlen versteckt sich für Gerald Oberansmayr eine ungeheure Umverteilung von arm zu reich. [Es profitieren vor allem jene Unternehmen, die billige und qualifizierte Arbeitskräfte bekommen](#), ohne in deren Ausbildung investieren zu müssen. Der liberalisierte EU-Arbeitsmarkt stärkt die Kapitaleseite dauerhaft, indem diese ständig die Konkurrenzpeitsche schwingen kann, um Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen zu machen. Verstärkt wird dieser Druck durch die Migration von außerhalb der EU.

Daher fordert Oberansmayr, sowohl die Flüchtlingsursachen zu bekämpfen als auch eine demokratische Regulierung des Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitskräfteverkehrs herbeizuführen, statt den EU-Binnenmarkt den neoliberalen Strategien zu überlassen.

[Gerald Oberansmayr](#) ist Journalist und Mitarbeiter der 'Werkstatt für Frieden und Solidarität' in Linz/Österreich. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Wozu sich Deutschland mit dem UN-Migrationsabkommen wirklich verpflichtet und was das Weltwirtschaftsforum damit zu tun hat**

In Teil I seines Artikels stellt Häring dar, dass sich Deutschland mit dem "[Globalen Abkommen für sichere, geordnete und reguläre Migration](#)" zur Förderung internationaler Wanderungsbewegungen verpflichtet. Das Abkommen geht unter anderem auf intensives Lobbying der im Weltwirtschaftsforum versammelten internationalen Großkonzerne zurück, die hochmobile Arbeitskräfte sehr nützlich finden. Von den Mitgliedern der UN-Vollversammlung scheren bisher nur die USA und Ungarn aus diesem UN-Abkommen aus.

Offiziell wird das Abkommen beschrieben, als ginge es nur darum, Migrationsströme, die ohnehin da sind, besser zu managen. Aber im Abkommen selbst geht es ausdrücklich nicht um Flucht und Asyl (dafür gibt es ein eigenes Abkommen), sondern nur um anderweitig motivierte Wanderungen. Es wird Pro-Migrationspropaganda betrieben. Denn das Abkommen lässt den Menschen nur zwei Alternativen: Entweder sie glauben, dass Migration allen nützt, oder sie sind fremdenfeindlich oder gar Rassisten. Das Abkommen, das die Förderung von Migration zum Ziel hat, soll "in Kooperation und Partnerschaft mit Migranten, der Zivilgesellschaft (..) und den Medien" umgesetzt werden.

Dass die Migration in den Zielländern negative Auswirkungen auf die Löhne und die Zahl der einheimischen Beschäftigten und in den Herkunftsländern einen herben Verlust an teuer ausgebildeten Arbeitskräften bis hin zu Akademikern haben wird, darüber wird in dem Abkommen kein Wort verloren.

Damit das UN-Migrationsabkommen zustande gekommen ist, hat der Club der globalen Großkonzerne und Milliardäre, das Weltwirtschaftsforum, seinen enormen politischen Einfluss

intensiv, planmäßig und erfolgreich genutzt. Diesen Einfluss übt dieses Forum bei den UN und den Regierungen auch aus, wenn es um niedrigere Löhne und weniger Sozialstaat geht.

In Teil II führt Häring aus, dass das [UN-Migrationsabkommen, das die Bundesregierung im Dezember mit unterschreiben will](#), eine Frucht dieses Einflusses ist. Das Abkommen wurde von dem 'Global Forum on Migration and Development' (GFMD) vorbereitet, dem die Bundesregierung derzeit vorsitzt. Dieser Konsultationsprozess zur Migration begann schon 2007. Zunächst waren hier Regierungen unter sich. 2011 begann das Weltwirtschaftsforum sich hineinzudrängen und dafür zu werben, die Förderung von Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften zu einem der vorrangigen Ziele zu machen. Bereits im Dezember 2011 beschloss das GFMD-Forum, "den Privatsektor" als wichtigen Partner in die Konsultationen einzubinden. Das bei all diesen (und weiteren von Häring beschriebenen) Schritten verfolgte Ziel ist "ein regulatorisches Umfeld, in dem Arbeitsmigration den Unternehmen hilft". Das Ziel wird in verschiedenen GFMD-Berichten immer wieder formuliert.

Ergänzend folgende Informationen (Red.): Der endgültige Entwurf des Abkommens "[Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration](#)" steht als Anlage des Entwurfs des Ergebnisdokuments der für den 10./11.12.2018 geplanten Konferenz in Marrakesch im Internet zur Verfügung. 2016 hatte die UN-Generalversammlung eine [Resolution verabschiedet](#), mit der die [Erarbeitung des Abkommen beschlossen](#) wurde.

George Soros, der sich gerne als Humanist bezeichnet, spricht sich u.a. dafür aus, die internationale Migration attraktiver und sicherer zu machen, besser zu steuern und [als Katalysator für die endgültige europäische Einigung](#) zu nutzen. Um eine migrationsfreundliche Richtungsänderung der europäischen Politik zu erreichen, wurde in Soros' Einflussbereich [2005 eine Stiftungsinitiative gegründet](#), um NGOs mit entsprechenden Zielen unterstützen zu können. Zur Durchsetzung seiner Ziele beteiligt sich Soros auch an der Destabilisierung und an der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten.

Norbert Häring, Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Action Medeor: **Nothilfe Jemen**

Die Machtpolitik im Jemen, die international von verschiedenen Seiten unterstützt wird, hat zu einer anhaltenden Katastrophe geführt, zu zerstörten Infrastrukturen, zu zerstörter medizinischer Hilfsmöglichkeit. Die WHO meldete Anfang 2018 bereits 1 Million Cholera-Fälle. Und die UNO-Flüchtlingshilfe spricht von der weltweit größten Hungerkatastrophe und der größten Choleraepidemie, die es jemals gegeben hat.

Es ist wegen des Krieges schwierig, Hilfsgüter vor Ort zu bringen; '[action medeor](#)' nutzt hierfür vor allem den Schiffsweg und wechselnde Transportwege, je nach Situation. Auch [Caritas](#), '[Ärzte ohne Grenzen](#)' und andere Hilfsorganisationen haben sich auf Hilfsprojekte spezialisiert, die unter den gegebenen Bedingungen arbeiten können.

Wir haben bereits im [Januar 2018](#) über die Hintergründe dieses Krieges berichtet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Karin Leukefeld analysiert einen Grundsatzartikel des SPD-Außenpolitik-Experten Mützenich zu Syrien**

Karin Leukefeld analysiert einen Beitrag des außenpolitischen Sprechers der SPD Rolf Mützenich, der das "vorschnelle Nein" der Parteiführung zu weiteren Militärinterventionen in Syrien kritisiert. Leukefeld findet: Mützenich bemüht dazu die üblichen Meldungen vom Einsatz von

Chemiewaffen durch Assad gegen sein Volk, die aber nachweislich nicht belegt sind. Er empört sich über die "skrupellose" Unterstützung des "Diktators" Assad durch Russland und ignoriert, dass Assad ein verfassungsgemäß gewählter Präsident ist, der völkerrechtlich korrekt Russland um Unterstützung gebeten hat, während die vom Westen unterstützten Kämpfer völkerrechtlich illegal handeln. Er schreibt von den Toten auf Seiten der Assad-Gegner und verschweigt die Toten, die durch den westlich unterstützten Terrorismus in großer Zahl zu beklagen sind. Mützenich schweigt auch über die syrischen wie russischen Bemühungen um Waffenniederlegungen und -stillstände.

Interessant ist der von Leukefeld zitierte Bericht über den Beginn der westlichen Interventionen mit dem Ziel, Assad zu stürzen, die 2011 in Paris beschlossen wurden. Es sind Insider-Informationen, die eine erschreckende Skrupellosigkeit westlicher Staatsmänner zeigen.

[Mützenich fordert mehr Einfluss von Deutschland auf den zukünftigen Prozess in Syrien](#), natürlich ohne Assad, weil Deutschland bereits viel Geld investiert und weiteres zugesagt habe. Er missachtet und missinterpretiert dabei auch Regelungen, die von der UNO vorgegeben worden sind.

Leukefeld erinnert an die Verpflichtung der Staaten zum Frieden aufgrund der UN-Charta und an die daraus folgende Formel von Helmut Schmidt: "Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln als 1 Minute schießen."

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, *Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Andre Vltchek: **Jenseits der Propaganda**

Die westlichen Massenmedien berichten über Kuba und Venezuela, über Russland und China, [über Nordkorea und den Iran nicht wahrheitsgemäß](#). Zum Iran gibt Vltchek einen Reisebericht, der Teheran als eine Stadt mit einer großartigen Geschichte und Kultur, voller Museen, Theater und wunderschön gepflegter Parks mit zeitgenössischen Skulpturen darstellt.

Der Iran ist im Wesentlichen ein sozialistisches Land, das sich gegenüber vielen unterdrückten und ums Überleben kämpfenden Nationen auf unserem Planeten uneingeschränkt solidarisch verhält. Nicht nur gegenüber Syrien, dem Jemen oder Palästina, nein auch gegenüber Kuba und Venezuela und vielen anderen. Es gibt kostenlose Bildung und medizinische Versorgung, ein großzügig subventionierter öffentlicher Nahverkehr und Kulturbetrieb. Trotz der westlichen Sanktionen und Unterstützung der Opposition kümmert sich der Staat um seine Bevölkerung. Religion ist etwas Internes, Tiefgehendes, das mit Demut und ohne Lärm ausgedrückt wird.

Die Meinungsvielfalt ist absolut verblüffend. Auch wer nicht mit der Politik der Regierung übereinstimmt, ist gewillt, zu kämpfen und sein Land zu verteidigen. Vltchek empfiehlt jedem das Land selbst zu bereisen und kennenzulernen – und dann zu entscheiden, "ob der Iran wirklich Ihr Feind oder ein teurer Gefährte und Freund ist".

Mit der Manipulation, der wir Bürger hinsichtlich des Iran durch Twitter unterworfen sind, setzt sich Jochen Mitschka auseinander. Demnach gibt es seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten eine [massive Internetkampagne gegen den Iran](#), die mittlerweile perfektioniert im Gange ist. Dazu gehört, dass die iranische Exilgruppe MEK in Albanien, die keine Unterstützer im Iran hat, für propagandistische Meldungen über den Iran sorgt, die dann durch Tausende von Internetkonten gezielt verbreitet werden. Positive Berichte über den Iran werden angegriffen, negative Nachrichten oder Reden bestätigend kommentiert.

[Andre Vltchek](#), Jg. 1962, *Philosoph, Romancier, Filmemacher und investigativer Journalist; lebt in Ostasien sowie im Mittleren Osten; seine Themen: Kriege und Konflikte in Dutzenden Ländern, westlicher Imperialismus und Terror.* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Paul Schreyer: **Der Faschismus der anderen**

In ihrem Buch "[Faschismus – eine Warnung](#)" definiert Madeleine Albright, 81-jährige Ex-US-Außenministerin, einen Faschisten wie folgt: "Für mich ist ein Faschist jemand, der sich stark mit einer gesamten Nation oder Gruppe identifiziert und den Anspruch erhebt, in deren Namen zu sprechen, jemand, den die Rechte anderer nicht kümmern und der gewillt ist, zur Erreichung seiner Ziele jedes Mittel zu ergreifen, einschließlich Gewalt." Demnach müsste die Autorin jeden, der "an die amerikanische Außergewöhnlichkeit mit jeder Faser meines Wesens" glaubt, als Faschisten einstufen. Demnach wäre auch Barack Obama ein Faschist.

Das tut sie aber weder bei Obama noch bei vielen anderen Staatsführern, weil sie ein weiteres, verstecktes Kriterium zugrunde legt: Ein faschistischer Staatsführer ist, wer sich gegen das von den USA dominierte internationale Regelwerk wendet und der herrschenden Klasse - vor allem der USA - Paroli bietet. Erst dadurch wird die Einordnung von Mussolini, Hitler, Chavez, Erdogan, Orban, Putin und Trump als Faschisten und von "Südkorea, den Philippinen, Indonesien, Pakistan, Iran, Saudi-Arabien, Ägypten, Zaire, Spanien, Portugal, Griechenland, Argentinien, Chile, Paraguay, Brasilien, ganz Mittelamerika mit Ausnahme Costa Ricas" als Partner der USA schlüssig.

Die mit ihrer Familie aus der Tschechoslowakei geflohene Albright war selbst nicht zimperlich, wenn es die Durchsetzung von Interessen der US-Elite ging. So ließ sie 1999 Belgrad bombardieren, regte eine Verschwörung gegen den Irak sowie gegen die eigene und weltweite Öffentlichkeit an, um einen Kriegsgrund zu bekommen. So lässt sie unerwähnt, dass Mussolini bereits 1917, damals noch Journalist und Herausgeber einer Zeitung, umgerechnet mehr als 300'000 Euro vom britischen Geheimdienst erhielt, um in Italien weiter für den Krieg zu trommeln und Friedensdemonstranten verprügeln zu lassen.

Paul Schreyer, Jg. 1977, Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- jungeWelt: **Die imperialen Absichten der USA auf dem Balkan**

Am 23.06.2001 veröffentlichte die 'jungeWelt' eine Analyse eines Briefes, den Willy Wimmer im Mai 2001 an Bundeskanzler Schröder geschrieben hat und in dem er den Kanzler auf einige [brisante Details strategischen Denkens US-amerikanischer Diplomaten](#) hinwies. Die an den einzelnen Punkten des Briefes ausgerichtete, *sehr lesenswerte (Red.)* Analyse stammt von Rainer Rupp, der am Ende formuliert:

"Zum Abschluss seines [Briefes an Kanzler Schröder](#) nimmt Willy Wimmer eine Bewertung der auf der Konferenz in Bratislava gemachten Aussagen vor und schreibt: 'Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von zwei Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt. Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der Zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden.' "

[Inhalt](#) ↑

- Gerald Oberansmayr: **EU-SSZ + Fiskalpakt = mehr Kampfhubschrauber + weniger Spitäler**

In Österreich will die Regierung hunderte Millionen Euro bei der Unfallversicherung kürzen und zugleich hunderte Millionen Euro in den Kauf neuer Kampfhubschrauber investieren. Dieser Abbau von Sozialleistungen zugunsten von Aufrüstung ist leider nichts Neues. In diesem Fall wird dies [über den EU-Fiskalpakt und den Lissabon-Vertrag \(2009\) rechtlich und politisch einzementiert](#).

Bereits 2008 hat der damalige Chef des EU-Rüstungsamtes deutlich gemacht, dass Steuergelder "für Kampfhubschrauber statt für das lokale Spital verwendet werden sollen. ... Militärische Operationen kosten Geld und riskieren Menschenleben. ... Nur ein eiserner politischer Wille, untermauert von klarem Zielbewusstsein, kann dafür sorgen, dass sich diese strategische Orientierung gegen kurzfristige Unannehmlichkeiten durchsetzt."

2016 hat Oberansmayr diesbezüglich festgestellt: "Mit dem EU-Fiskalpakt haben christ- und sozialdemokratische Politiker ihre Selbstentmündigung rechtlich abgesichert." - Siehe hierzu auch ["Der blinde Fleck"](#).

[Inhalt](#) ↑

- Stephan Propach: **"Billiger als der Discounter" – Tante Emma kommt zurück in die Dörfer**

Die Idee, ["Dienstleistung und ortsnahe Rundum-Versorgung"](#), kurz 'Dorv', in einem Zentrum unterzubringen und das mit Arztangeboten, Paketdienstservice und Bank-Automaten zu kombinieren, wurde in Barmen bei Jülich vor rund 15 Jahren geboren, als die Sparkasse als letzte Institution ihr Angebot auf Automaten reduziert hatte. Damals hat Heinz Frey einen Verein gegründet, seinen Mitbürgern das Konzept vorgestellt und Geld gesammelt. Der Verein 'Dorv' übernahm die Räume der Sparkasse und die einer Kneipe nebenan. Im Angebot ist fast alles, was der private Haushalt braucht – und es werden heimische Produkte vermarktet. Der Laden mit Tante-Emma-Flair wird nicht nur von Senioren, bei denen auch schon mal Gardinen aufzuhängen oder Haare zu föhnen sind, sondern auch von jungen Leuten genutzt. Preislich wird das Angebot der Discounter nicht gescheut; dies ist möglich, da auf die übliche Gewinnmarge verzichtet wird und die Chefs als Ehrenamtler tätig sind.

Auch die Unternehmensberatung PwC berichtet, dass das [Ladengeschäft nebenan für die jungen deutschen Verbraucher](#) trotz aller Internet-Euphorie an Bedeutung gewinnt.

[Inhalt](#) ↑